

Analyse

Geschichtspolitik in Russland

Von Alexei Miller, Moskau

Zusammenfassung

Aktive Einmischung von Seiten des Staates in die Erinnerungspolitik und die professionelle Geschichtswissenschaft begann in Russland spätestens im Jahr 2006. Heute sind in Russland alle Elemente einer Geschichtspolitik vorhanden: erstens der Versuch, in den Schulen ein einziges Geschichtslehrbuch einzuführen, das vom politischen Zentrum aus redigiert wird; zweitens werden besondere politisch aktive Strukturen geschaffen, die die Organisation der Geschichtsforschung und die Kontrolle über Archive und Verlage vereinen; drittens gibt es den Versuch, die Interpretation von Geschichte gesetzlich zu regeln; viertens gibt es die für die Geschichtspolitik typischen Versuche, alle oben erwähnten Praktiken zu legitimieren und ideologisch abzusichern.

Der Ursprung der Geschichtspolitik im postkommunistischen Raum

2004 erklärte eine Gruppe polnischer Historiker, dass Polen eine eigene Version der Geschichtspolitik entwickeln und durchführen müsse. Sie verhehlten nicht, dass sie den Begriff (*polityka historyczna*) vom deutschen »Geschichtspolitik« übernommen hatten. Auf diese Weise erhielt die plötzliche politische Einmischung in die Erinnerungspolitik und in Geschichtsforschung im eigentlichen Sinn in den postkommunistischen Ländern einen »Namen«. Wie es gewöhnlicherweise mit relativ neuen Phänomenen der Fall ist, ist die Geschichtspolitik nicht leicht zu »erfassen« und genau zu beschreiben, um so mehr, da ihre Mechanismen und Ziele in der Regel bewusst verschleiert werden.

Das Phänomen der Geschichtspolitik manifestiert sich besonders stark in postkommunistischen Gesellschaften, dies kann aber nur teilweise durch ein erhöhtes gesellschaftliches Interesse an der Geschichte und an ihren »weißen Flecken« erklärt werden, die ein Erbe der kommunistischen Zensur sind. Der Kern des Problems ist, dass wir es mit *post*kommunistischen Gesellschaften zu tun haben, das heißt, mit Gesellschaften, die von einer strengen autoritären ideologischen Kontrolle befreit worden sind. Über Geschichtspolitik im engen Sinn des Worts darf nur in Bezug auf demokratische oder zumindest mehr oder weniger pluralistische Gesellschaften gesprochen werden, die erklärtermaßen demokratische Werte, darunter auch die Freiheit des Wortes, anerkennen. Gerade unter solchen Bedingungen entsteht Politik als Wettbewerb verschiedener politischer Akteure, Parteien und Meinungen. In autoritären Regimen sowjetischen Typs wurde die Einmischung der Regierung in Geschichtsstudium und Erinnerungspolitik mit der offiziellen Annahme eines ideologischen Monopols, den Mechanismen der Zensur und der adminis-

trativen Kontrolle der professionellen Geschichtswissenschaft begründet.

In einer Gesellschaft, die den Anspruch erhebt, demokratisch zu sein, ändern sich alle diese Mechanismen. Im Unterschied zum vorherigen kommunistischen System des Einparteienstaates ist die Gruppe oder Partei, die die Macht zu einem gegebenen Zeitpunkt innehat, nicht mehr identisch mit dem Staat. Die Öffentlichkeit wird pluralistisch, die Regierung kann keinen Anspruch auf die Kontrolle dieser Öffentlichkeit erheben, erst recht nicht auf eine repressive Kontrolle. Die Schule wird pluralistisch, in der der Geschichtslehrer, unter Einhaltung eines Bildungsstandards, die Freiheit haben muss, das Lehrbuch auszuwählen und Ereignisse und Prozesse zu deuten. Der Historiker muss bei seiner Forschung garantierte Unabhängigkeit und intellektuelle Freiheit haben. Der Zugang zu den Archiven muss für alle gleich sein und durch das Gesetz geregelt sein, nicht durch Verwaltungsbeschlüsse. Die staatliche Finanzierung der Schulen und der Forschung bedeutet nicht, dass die Gruppe oder Partei, die gerade an der Macht ist, das Recht hat, den Inhalt von Lehre und Forschung zu diktieren, da sie nicht mit dem Geld dieser Partei finanziert werden, sondern aus dem Haushalt des Landes, dessen Quelle die Steuergelder der Bürger sind. Die politische Kraft, die an der Macht ist, hat keinen Anspruch auf ein ideologisches Monopol.

Gerade unter diesen neuen Bedingungen – die bis zu diesem oder jenem Grad eingehalten werden – entstehen Verfahren, mit denen einzelne politische Kräfte versuchen, bestimmte Interpretationen historischer Ereignisse als maßgeblich durchzusetzen. In anderen Worten, versuchen die politischen Kräfte, die an der Macht sind, unter Ausnutzung der administrativen und finanziellen Ressourcen des Staates, das historische Bewusstsein und das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft ideologisch zu indoktrinieren. (Es geht hier um diejenigen

historischen Ereignisse und Prozesse, über die es in der Gesellschaft keinen Konsens gibt und die ein Gegenstand für Diskussionen sind.)

Um das Phänomen der Geschichtspolitik zu verstehen, ist nicht nur die Frage wichtig, was genau propagiert wird. Wichtiger ist, wie dies geschieht und welche Methoden bei dieser Propagandaarbeit benutzt werden. Die heutige Geschichtspolitik kann nicht in vollem Umfang zu den vorherigen sowjetischen Methoden zurückkehren und dem Volk eine einzige wahre Ansicht aufzwingen, selbst wenn man annimmt, dass die Urheber dieser Politik dies in einigen Fällen wünschen. Sie sind gezwungen, neue Mittel der Einmischung in die Geschichte und Erinnerungspolitik zu erfinden, sowie neue Strategien zur Legitimation dieser Einmischung.

Neue Mechanismen

Was sind das für neue Mechanismen? Auf der institutionellen Ebene sind es z. B. die Institute für Nationales Gedenken in Polen und der Ukraine und Einrichtungen, die ihnen in Bezug auf Funktion und organisatorische Prinzipien ähnlich sind und die es in vielen anderen Ländern gibt.

Ein weiteres Beispiel für die institutionelle Dimension der Geschichtspolitik sind Museen, die unter der direkten Schirmherrschaft bestimmter politischer Kräfte entstehen, wobei die Positionen politischer Gegner völlig ignoriert werden.

Geschichtspolitik wird auch bei der Formulierung von Gesetzen betrieben, wenn Parlamente Gesetze annehmen, die diese oder jene Auslegung von historischen Ereignissen als die einzig wahre festschreiben. Manchmal ist in Gesetzesentwürfen oder sogar in den verabschiedeten Gesetzen die strafrechtliche Verfolgung von Personen vorgesehen, die diese Auslegung anfechten. Dies kommt nicht nur in Ost-, sondern auch in Westeuropa vor.

Vier Postulate

Die ideologische Begründung der Geschichtspolitik besteht aus vier Postulaten: Erstens werden Geschichte und Gedenken als Arena für den politischen Kampf gegen innere und äußere Gegner gesehen. Daraus leitet sich ab, dass »Geschichte zu wichtig ist, um sie den Historikern zu überlassen«. Dies bedeutet unter anderem, dass Historiker professionelle Ethik nicht mehr als bindende Norm ansehen und impliziert, dass Historiker als gemeine Soldaten an der ideologischen Front unter die Aufsicht von »erfahreneren« und »patriotischeren« Personen zu stellen sind.

Zweitens wird behauptet, dass es »alle so machen«, wodurch in den Augen der Öffentlichkeit gerechtfertigt wird,

dass das Funktionieren der Gesellschaftswissenschaften, wie es in einer Demokratie akzeptiert ist, offensichtlich gestört ist. Dies kommt darin zum Ausdruck, dass die freie Meinungsäußerung offen beschnitten wird, dass nicht genehme Ansichten in den Randbereich der Medien verdrängt werden und dass die Finanzierungsregeln geändert werden; so wird z. B. die Vergabe von Forschungsstipendien, die durch die wissenschaftliche Community kontrolliert wird, durch die Finanzierung von Projekten ersetzt, die direkt von der Politik bestellt werden.

Drittens herrscht offenbar die Ansicht, dass der äußere Gegner unablässig versucht, eine Interpretation der Ereignisse der Vergangenheit durchzusetzen, die unserem Vaterland schadet. Daher ist es die Pflicht des Historikers, der Gefahr solidarisch Widerstand zu leisten, in der Regel durch die Formulierung von Gegenargumenten: Wir antworten jedes Mal mit »nein«, wenn sie »ja« sagen und umgekehrt. Die Folge ist, dass der Raum für Dialog im Land zerstört wird, da alle auf die erklärten Postulate schwören müssen.

Bei den Beziehungen zur Außenwelt sieht es ähnlich aus: Die Anhänger der Geschichtspolitik auf beiden Seiten der Grenze liefern sich hitzige Gefechte. Da weder die eine, noch die andere Gruppe versucht, den Gegner zu überzeugen oder zu verstehen, verschärfen solche »Diskussionen« nur den Konflikt.

Viertens dient der angeblich beklagenswerte Zustand des Patriotismus und des Geschichtsunterrichts in der Schule dazu, die Geschichtspolitik zu rechtfertigen. Dies ist die Begründung für den Vorschlag, den Pluralismus (für eine gewisse Zeit) in den Lehrbüchern und Konzepten zu opfern – damit »die Kinder wenigstens das Wichtigste wissen«.

Tatsächlich werden gesellschaftliche Interessen nur vorgeschoben, die wirklichen Ziele der Geschichtspolitik sind politisch und parteiisch.

Wie es in Russland funktioniert

In Russland begann die politische Einmischung in die Geschichte etwas später als bei vielen Nachbarn und geschah teils als Reaktion auf die Geschichtspolitik in anderen Ländern. Allerdings gab es die ersten wirklichen Anzeichen einer beginnenden Geschichtspolitik in Russland schon vor einigen Jahren. Allem Anschein nach wurde das Team, das am sogenannten Lehrbuch von Filippow – tatsächlich handelt es sich um eine ganze Serie von Lehrbüchern und Lehrmitteln zur Geschichte des 20. Jahrhunderts – arbeitete, bereits im Jahr 2006 zusammengestellt und erhielt damals auch schon seinen Auftrag.

Das Werk Filippows und seiner Koautoren erzieht zum Patriotismus, der nicht einmal als Ergebnis zum Staat, sondern zur Staatsmacht verstanden wird. Die Sünden der Letzteren werden bevorzugt mit der schwierigen internationalen Lage und der Notwendigkeit einer Mobilisierung erklärt. Im Wesentlichen ist es der in die Vergangenheit gerichtete Diskurs der heutigen regierenden Elite, der dem sowjetischen poststalinistischen Narrativ erstaunlich ähnelt, minus der kommunistischen Rhetorik. Das letzte Kapitel des Handbuchs für Lehrer unter der Redaktion Filippows heißt »Souveräne Demokratie« (im Buch ohne Anführungsstriche). Dieses Konzept wird nicht als Element der Ideologie einer der russischen politischen Parteien präsentiert, was es ja in Wirklichkeit ist. Die »Souveräne Demokratie« wird zur objektiven Beschreibung des heutigen politischen Regimes in Russland benutzt, das, wie es das Handbuch erklärt, die erfolgreiche Entwicklung des Landes in den letzten zehn Jahren gesichert hat. Dies wird ebenso im Lehrbuch von Danilow dargestellt.

Die Frage, ob die Interpretation von Ereignissen in diesem Lehrbuch überzeugend ist, ist für unser Thema nicht wesentlich. Wenn es eine breite Auswahl von Lehrbüchern gibt, hat auch ein solches Buch ein Existenzrecht. Wenn der Ausgangspunkt für Filippow und Danilow die Abkehr vom Konzept des Totalitarismus ist, benutzen doch mehrere andere Lehrbücher diese Konzeption.

Das Lehrbuch von Danilow ist in einer Auflage von 250.000 erschienen. Zum Vergleich: Andere Lehrbücher erscheinen heute in einer Auflage von 10.000, höchstens 15.000, manche auch nur in einer Auflage von 5.000 Exemplaren. Eine Auflage von 250.000 ist eine politische Entscheidung, kein Verlag würde so viele Bücher auf eigenes Risiko drucken, wenn er sich von rein wirtschaftlichen Überlegungen leiten ließe. Der Verlag »Proswechtschenie« [»Aufklärung«] muss für eine solche Bestellung einen Vorschuss und die Versicherung, dass die Nachfrage für das Lehrbuch garantiert ist, erhalten haben. Die Tatsache, dass Mittel für einen Vorschuss zur Verfügung gestellt und dass administrative Hebel genutzt wurden, um das Lehrbuch erfolgreich als das »Richtige« durchzusetzen – das ist Geschichtspolitik in Reinkultur.

Auch in Russland gibt es Versuche, Fragen der Geschichte durch Gesetze zu regulieren, eine für die Geschichtspolitik typische Praxis. Der Minister für Zivilschutz, Sergej Schojgu, nebenberuflich einer der Vorsitzenden der Partei »Einiges Russland«, äußerte sich im Winter 2009 als erster zur Notwendigkeit eines Gesetzes, das »falsche« Aussagen zur Geschichte des

Zweiten Weltkriegs und zur Rolle der UdSSR in diesem Krieg mit Strafverfolgung bedroht. Zum jetzigen Zeitpunkt sind in der Duma bereits zwei Gesetzesentwürfe eingebracht worden, die diese Ideen weiterführen.

Ein weiteres Beispiel für die russische Variante der Geschichtspolitik ist der Ukas von Präsident Medwedew vom Mai 2009 über die Schaffung einer Kommission für die Bekämpfung von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Nachteil der Interessen Russlands beim Präsidenten der Russischen Föderation. Diese Kommission ist ein Instrument der Geschichtspolitik, obwohl sie sich in Hinblick auf Funktion und Struktur eindeutig von z. B. dem polnischen Institut für Nationales Gedenken unterscheidet. Hierfür gibt es einige Gründe. Erstens sind, im Unterschied zu Polen, die heutigen russischen Geheimdienste direkte Nachfolger der Geheimdienste der sowjetischen Ära. Eine Folge ist, dass die Geheimdienste in Russland weiterhin die Kontrolle über die Archive des KGB innehaben. Die Zusammensetzung der russischen Kommission, unter deren Mitgliedern einige Vertreter der Geheimdienste sind, zeigt deutlich, dass der heutige *Status quo* hinsichtlich des Zugangs zu den Archiven der Geheimdienste bewahrt werden soll: Das Gesetz der Russischen Föderation zur Freigabe von Dokumenten nach Ablauf einer dreißigjährigen Frist wird einfach nicht eingehalten. Gemäß diesem Gesetz müssen alle Dokumente nach Ablauf dieser Frist freigegeben werden, so dass Wissenschaftler freien Zugang zu ihnen haben. Nur in Sonderfällen darf die Geheimhaltungsstufe für einzelne Dokumente beibehalten werden. Die tatsächliche Praxis in Russland ist aber, dass jedes Dokument durch besondere amtliche Kommissionen einzeln freigegeben wird. Dies wird auch in Zukunft so bleiben und nur ausgewählten Wissenschaftlern, die »auf Bestellung« arbeiten, wird der Zugang zu den Dokumenten gewährt werden. Es ist nicht auszuschließen, dass die behördlichen Archivare zu entsprechenden Themen für diese privilegierten Benutzer eine Auswahl von Dokumenten oder sogar von Exzerpten aus diesen Dokumenten zusammenstellen werden.

Zweitens ist bei der russischen Variante der Geschichtspolitik offenbar die Entscheidung getroffen worden, dass sowohl Forschung wie auch verlegerische Tätigkeit dezentral auf einige Institutionen und Zentren verteilt wird. In beiden Fällen wurde weniger auf akademischen Ruf als auf politotechnologische Fähigkeiten gesetzt.

Schluss

Es können somit alle wesentlichen Elemente der Geschichtspolitik ohne Weiteres in der russischen Pra-

xis der letzten Jahre ausgemacht werden. Erstens gibt es den eindeutigen Versuch, in den Schulen ein einheitliches Lehrbuch einzuführen, das vom politischen Zentrum redigiert wird. Zweitens werden besondere politisch aktive Institutionen geschaffen, die die Koordination der historischen Forschung mit der Kontrolle über Archive und verlegerische Tätigkeit kombinieren. Drittens kann der Versuch beobachtet werden, Interpretationen von historischen Ereignissen gesetzlich zu definieren. Zu guter Letzt gibt es die für die Geschichtspolitik typischen Versuche, alle oben erwähnten Praktiken zu legitimieren und ideologisch zu rechtfertigen. Wie in den meisten Nachbarländern sind die schärfsten Auswirkungen der Geschichtspolitik für den »einheimischen Verbrauch« reserviert. Wenn die Geschichtspolitik der Nachbarn in Russland – völlig zu Recht – Verachtung

und Empörung auslöst, können doch die Inspiratoren und Organisatoren unserer eigenen Geschichtspolitik nicht im Ernst hoffen, dass das Ausland anders auf die Früchte ihrer Arbeit reagieren wird!

Indem es, dem Beispiel der Nachbarn folgend, den Pfad der Geschichtspolitik eingeschlagen hat, fördert Russland nur die Verhärtung der Atmosphäre des »Dialogs der Tauben«, die mehr und mehr die Diskussion von Fragen der jüngsten Vergangenheit charakterisiert.

Die zerstörerischen Folgen der Geschichtspolitik innerhalb Russlands sind möglicherweise ernster als in anderen Ländern, da das Potenzial der Gesellschaft und der Historikerkunft, sich gegen die Geschichtspolitik zu Wehr zu setzen desto geringer ist, je schwächer Pluralismus und Demokratie sind.

Übersetzung aus dem Russischen: Irina Neumann

Über den Autor:

Alexei I. Miller ist Doktor der Geschichtswissenschaften und leitender Wissenschaftler am Institut für Wissenschaftliche Information in den Sozialwissenschaften (INION) der Russischen Akademie der Wissenschaften und Professor an der Russischen Staatlichen Universität für Geisteswissenschaften (Moskau) und an der Central European University (Budapest).

Der vorliegende Aufsatz ist eine gekürzte Fassung des Artikels »Rossija: vlast i istorija« [Russland: Macht und Geschichte] von Aleksei Miller. Der Artikel wurde ursprünglich in *Pro et Contra* veröffentlicht (Band 13, 2009, Nr. 3–4, Mai–August). © 2009, Carnegie Endowment for International Peace. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Carnegie Moscow Center.

<http://www.carnegie.ru/en/pubs/procontra/>

Kommentar

Bewältigung der totalitären Vergangenheit: die Erfahrung des Auslands und die Probleme Russlands

Von Galina Michaleva, Moskau

In der letzten Zeit nimmt die Diskussion über die Bewertung der sowjetischen Vergangenheit Russlands in der Öffentlichkeit immer mehr Raum ein. Dafür gibt es viele Gründe: zu nennen sind u. a. der Schock, der durch Ergebnisse des Fernsehprojekts »Name Russlands« verursacht wurde [Stalin kam bei der Abstimmung für den Titel der größten Persönlichkeit Russlands auf den dritten Platz], die durch das Lehrbuch »Neueste Geschichte Russlands 1945–2006« von Alexander Filippow angeregte Diskussion des Themas »Stalin als effektiver Manager« und die vielen pseudohistorischen Filme, die das russische Fernsehen überschwemmen. Das letzte Ereignis dieser Reihe war die Einrichtung einer »Kommission für die Bekämpfung von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Nachteil der Interessen Russlands«, deren Zusammensetzung und Aufgaben bei vielen Historikern, Bürgerrechtlern und Poli-

tikern Befremden ausgelöst hatten. Nach den Worten des Staatsoberhauptes wird die Kommission aufgefordert, die Fälschung historischer Ereignisse zu bekämpfen, »die das internationale Ansehen des Landes herabsetzen«, und Vorschläge und Empfehlungen »zu angemessenen Reaktionen« auf Versuche der Fälschung historischer Fakten und zur »Neutralisierung von möglichen negativen Konsequenzen« vorzubereiten. In Anbetracht der Zusammensetzung der Kommission – mit dem Leiter der Präsidialverwaltung an der Spitze, Vertretern der *silowiki*, sowie mit Politikern, die durch ihre nationalistischen Ansichten und Großmachtsdenken bekannt sind –, kann man nur vermuten, von welchem Standpunkt aus »Fälschungen« aufgedeckt und wie »angemessene Reaktionen« aussehen werden. Wieso soll eine Gruppe von Menschen, in der es praktisch keine professionellen Historiker